

Duisburger Erklärung der Frauen Union der CDU Deutschlands



Frauen Union

60 Jahre Bundesrepublik Deutschland, 20 Jahre vereintes Deutschland – das heißt auch: 60 Jahre Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz, 60 Jahre aktive Familienpolitik der Union, 15 Jahre aktive staatliche Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau, 4 Jahre Bundeskanzlerin in Deutschland.

Wir sind stolz auf die gesellschaftspolitische Gestaltungskraft der CDU. Das Eintreten für Chancengerechtigkeit für alle, für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern, für Ehe und Familie, eine nachhaltige Politik und einen zukunftsweisenden Generationenvertrag sind Leitplanken unserer Politik. Wir geben den Menschen damit die Sicherheit, die es erlaubt, auch neue Wege zu beschreiten. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und sich ändernder gesellschaftlicher Realitäten haben wir die innovative Kraft, gesellschaftspolitische Erneuerung anzustoßen und ihr Richtung zu geben. Geschlechtergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit müssen ein Leitmotiv für alle Politikbereiche sein. Das wird gerade in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise einmal mehr deutlich. Wir wollen heute handeln, damit eine gute Zukunft möglich wird.

1. Unser Ziel ist eine partnerschaftliche Gesellschaft. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist eine Schlüsselfrage für die zukünftige Entwicklung Deutschlands. Denn nur mit der vollen Entfaltung des großen Potentials von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden wir zukünftige Herausforderungen meistern können. Die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern muss überall Realität werden. Dazu gehört die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an politischen Ämtern und Mandaten auf allen politischen Ebenen.
Auch in der Wirtschaft muss endlich die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen selbstverständlich sein. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit und mehr Frauen in Führungspositionen, auch in Teilzeit. Wir fordern daher die Einführung von vergleichenden Lohntests nach Schweizer Vorbild. Vorstände und Aufsichtsräte in Unternehmen dürfen nicht länger eine Männerdomäne sein. Unternehmen sollen verpflichtet werden, regelmäßig über die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in ihrem Unternehmen zu berichten. Damit mehr Frauen auch in bislang untypischen Berufsfeldern tätig werden, wollen wir gezielt das Interesse von Mädchen an Naturwissenschaften und Technik fördern.
2. Mehr Bildung und lebenslanges Lernen sind für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands unabdingbar. Deshalb wollen wir bessere Bildung und mehr Betreuungsmöglichkeiten. Dazu gehört ein bedarfsgerechtes flexibles Angebot an Krippen-, Tagespflege-, Kindergartenplätzen und Ganztagsschulen. Wir streben die Beitragsfreiheit des Kindergartenbesuchs an. Wir wollen die bestmögliche Förderung von Kindern und Jugendlichen in Schule und Ausbildung. Dazu gehört eine Qualitätsoffensive in der Aus- und Fort-

CDU

bildung für Tagesmütter, Erzieherinnen sowie Lehrerinnen und Lehrer. Gute Bildung ist der Schlüssel für Chancengerechtigkeit, persönlichen Erfolg und Teilhabe von Anfang an. Sie ist die Grundlage für gesellschaftlichen Aufstieg und für den Wohlstand in Deutschland. Wir wollen Deutschland zur Bildungsrepublik ausbauen.

3. Wir wollen Familien stärken. Eine familiengerechte und kinderfreundliche Gesellschaft ist unser Ziel. Wir unterstützen junge Menschen in ihrer Entscheidung für Kinder und erleichtern die Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Beruf. Wir wollen bestehende Nachteile für Familien abbauen und sie noch besser fördern, indem wir das Ehegattensplitting um ein Familiensplitting erweitern. Dazu soll der steuerliche Kinderfreibetrag von 6024 Euro auf 8004 Euro angehoben werden. Parallel dazu wollen wir das Kindergeld erhöhen. Familien mit drei und mehr Kindern sollen besonders stark entlastet werden. Das Elterngeld ist das Markenzeichen unseres Engagements für junge Familien. Wir wollen es künftig durch ein Teilerntergeld weiter flexibilisieren und ausbauen. So ermöglichen wir es Müttern und Vätern, sich bis zu 28 Monaten gemeinsam um ihr Kind zu kümmern.
4. Wir bestärken Menschen darin, ihr Leben selbst bestimmt zu führen. Wir treten daher für Rahmenbedingungen ein, die es Frauen und Männern je nach ihrer Lebenssituation ermöglichen, sich voll im Beruf zu engagieren, sich mehr Zeit für die Betreuung von Kindern und zu pflegenden Angehörigen zu nehmen, beides miteinander zu vereinbaren, sich weiterzubilden oder sich politisch oder bürgerschaftlich zu engagieren. Mittelfristig führen wir ein Betreuungsgeld für Eltern ein, die für ihr Kind keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Wir unterstützen den Wiedereinstieg nach einer familienbedingten Auszeit und fordern mehr Teilzeitarbeitsplätze und flexible Arbeitszeiten. Wir fördern die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und privater Pflege.
Eine freiheitliche Gesellschaft lebt auch vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Deshalb wollen wir die Anerkennung für das Ehrenamt verstärken und Freiwilligen-Agenturen ausbauen.
5. Demografischer Wandel bedeutet neue Herausforderungen und neue Chancen. Der Stellenwert der Sorge um andere, verstanden als Dienst am Menschen, nimmt in einer sich wandelnden Gesellschaft zu. Wir wollen eine hochwertige wohnortnahe medizinische Versorgung und eine hohes Niveau von Betreuungs- und Pflegeleistungen.
Ein Ausbau der Beschäftigungsangebote im Dienstleistungsbereich bietet neue Chancen. Wir treten für die vollständige steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen, die Schaffung von Dienstleistungszentren und die Qualifizierung von Haushalts- und Pflegekräften ein.

6. Zu einer verlässlichen Lebensplanung gehört auch eine zukunftsfeste Altersversorgung, die Sicherheit im Alter bietet und Lebensleistung widerspiegelt. Anerkennung von Lebensleistung heißt für uns auch, dass Kindererziehung und Pflegeleistung noch besser in der Rente berücksichtigt werden. Neben der gesetzlichen Rentenversicherung setzen wir auf die staatlich geförderte betriebliche und private Vorsorge, die wir weiter vereinfachen und von Bürokratie entlasten wollen.
Das neue Unterhaltsrecht muss beobachtet und kritisch geprüft werden im Hinblick auf die Verlässlichkeit der einmal getroffenen Entscheidungen von Ehepartnern und auf seine sozialen Auswirkungen. Es darf der Wahlfreiheit nicht entgegen stehen.
7. Wir wollen Chancen auf Teilhabe für alle. Dazu gehört die Bekämpfung von Kinderarmut. Ursachen sind häufig die Arbeitslosigkeit der Eltern, die schwierige Situation für Alleinerziehende und mangelnde Bildung. Die Politik der CDU für wirtschaftlichen Aufschwung, für die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen und Männer und für eine Bildungsrepublik Deutschland sind daher zentrale Grundlage zur Bekämpfung von Kinderarmut. Neben der notwendigen materiellen Basis brauchen alle Kinder auch eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Dafür treten wir ein. Wir wollen die Erziehungskompetenz von Eltern stärken und den Kinderschutz durch ein wirksames Hilfsnetz zur Vermeidung von Misshandlung und Verwahrlosung von Kindern ausbauen.
8. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, die Menschlichkeit und die Würde des Einzelnen ins Zentrum stellt. Diese Werte, die unsere Gesellschaft tragen, werden zunächst in der Familie grundgelegt und eingeübt. Wir treten für den Schutz des Lebens von seinem Anfang bis zum Ende ein. Wir wollen Frauen in schwierigen Situationen nicht alleine lassen, sondern ihnen wirksame Hilfe geben. Deshalb begrüßen wir die verpflichtende Beratung auch bei Spätabtreibungen und helfen im Falle von Teenagerschwangerschaften durch die Einführung einer Großelternzeit.
Wir fordern eine bundesweite Stiftung, die ungewollt kinderlose Paare bei Bedarf finanziell unterstützt, ihren Kinderwunsch durch künstliche Befruchtung zu erfüllen.
Nicht nur zu Beginn des Lebens, sondern ebenso an seinem Ende ist ein Leben in Würde für uns Ausdruck unseres christlichen Menschenbildes. Wir treten daher für den Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung ambulant, stationär und ein gutes Netz von Hospizen ein.
9. Schutz der Menschenwürde heißt auch Schutz vor Gewalt: Wir fordern eine Dreifachstrategie gegen Kinderpornografie im Internet: Verfolgung der Täter, Quellen im In- und Ausland schließen und den Zugang zu den Seiten sperren. Wir wollen die Medienkompetenz von Eltern und Kindern stärken

und den Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Gewalt verherrlichenden Computerspielen verhindern.

Für von Gewalt betroffene Frauen wollen wir eine bundesweite Notrufnummer einführen und die Zugangsschwelle zu Hilfsangeboten senken. Die sexuelle Ausbeutung von Opfern von Menschenhandel, Zwangsprostitution und die Würde von Frauen mißachtende Angebote, wie Flatrate-Sex in Bordellen, müssen konsequent unterbunden und unter Strafe gestellt werden.

10. Wir wollen die Teilhabe von zugewanderten Frauen und Mädchen aus allen Kulturkreisen am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben fördern. Dafür brauchen wir eine Bildungs- und Ausbildungsinitiative für Migrantinnen. Frauen mit Migrationshintergrund spielen für die Integration von Zuwandererfamilien eine zentrale Rolle. Daher stehen wir Frauen im Integrationsprozess zur Seite und stärken Zuwanderinnen. Innerhalb der Frauen Union bieten wir ihnen mit unserem Migrantinnen-Netzwerk eine Plattform.

Es ist nicht hinnehmbar, wenn Kultur und Tradition als fadenscheinige Argumente vorgeschoben werden, um die Verletzung von Frauenrechten zu rechtfertigen. Genitalverstümmelungen sind weder in Deutschland noch in den Herkunftsländern tolerierbar. Zwangsverheiratung ist eine Verletzung unseres freiheitlich-demokratischen Werteverständnisses und eine eklatante Menschenrechtsverletzung. Im Kampf gegen Zwangsehen werden wir einen eigenständigen Straftatbestand für Zwangsheirat einführen. Für zwangsverheiratete Frauen sind zudem verbesserte Beratungs- und Betreuungsangebote zu entwickeln. Frauen, die in ihren Herkunftsländern zwangsweise verheiratet werden, sollen ein verlängertes Rückkehrrecht erhalten.

11. Für uns ist die Stärkung der Frauen in den Entwicklungsländern ein zentrales Anliegen, vor allem im ländlichen Raum. Frauenrechte stärken bedeutet Armut bekämpfen. Dies setzt gute Regierungsführung in den Partnerländern voraus, also vor allem die Achtung der Menschen- und Frauenrechte sowie die Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau. Wir fordern, dass Frauen in Entwicklungsländern besseren Zugang zu Land und Kapital bekommen.